

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

204

Marius Brockfeld

Der Übergang von Arbeitsverhältnissen bei einer umwandlungsrechtlichen Spaltung



Nomos

Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago)

Prof. Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon)

Begründet von

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Manfred Lieb

Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Band 204

Marius Brockfeld

Der Übergang von Arbeitsverhältnissen bei einer umwandlungsrechtlichen Spaltung



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bayreuth, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8910-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-2965-9 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Seit der Reform des Umwandlungsrechts Mitte der 1990er Jahre ermöglicht das Umwandlungsgesetz die Umstrukturierung mittels Spaltung (§§ 123 ff. UmwG). Der Schutz der Arbeitnehmer im Zuge einer Umwandlung, insbesondere bei der Spaltung, war allerdings von Anfang an ein höchst kontrovers diskutiertes Thema. Durch die zwischenzeitliche Verzahnung des Umwandlungsrechts mit dem Betriebsübergangsrecht hat sich die über lange Zeit in Rechtsprechung und Schrifttum bestehende Rechtsunsicherheit erledigt, ob auf die Übertragung eines Betriebs oder Betriebsteils im Zuge einer Umwandlung das Betriebsübergangsrecht zur Anwendung gelangt. Erhebliche Zweifelsfragen verbleiben aber dort, in denen die Tatbestandsvoraussetzungen eines Betriebsübergangs nicht erfüllt sind. Die Arbeit soll für eben diese verbleibenden Zweifelsfragen praxistaugliche Lösungen aufzeigen.

Ausgehend von den systemprägenden Strukturprinzipien der umwandlungsrechtlichen Gesamtrechtsnachfolge soll die vorliegende Arbeit – unter besonderer Berücksichtigung der hohen Bedeutung der Sukzessionsfreiheit im Umwandlungsrecht – vor allem aufzeigen, dass die Übertragung von Arbeitsverhältnissen anderen Regeln folgen muss als die Übertragung anderer Vertrags- und auch Dauerschuldverhältnisse. Die Arbeit wurde im Wintersemester 2021/2022 von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand vom 7. März 2022.

Mein größter Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. *Adam Sagan*, MJur (Oxon), für die stets konstruktive Betreuung der Arbeit während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl. Er hat die Idee für das Thema der Arbeit maßgeblich angeregt und mich im Zuge dessen stets mit seinem Rat und Zuspruch begleitet. An dieser Stelle möchte ich mich bei ihm auch für die Gelegenheit bedanken, neben meinem Dissertationsprojekt auch zu weiteren Bereichen des europäischen und deutschen Arbeitsrechts forschen zu dürfen. Auch bedanke ich mich herzlichst bei Frau Professorin Dr. *Jessica Schmidt*, LL.M. (Nottingham) für die Übernahme und Erstellung des Zweitgutachtens.

Ganz herzlich möchte ich mich zudem bei meinen Lehrstuhlkollegen und Freunden *Christopher Schneider*, *Matthias Sollfrank* und *Daniel Deranco*

Vorwort

bedanken. Sie standen für inhaltliche Diskussionen, aber auch für freundschaftliche Gespräche stets zur Verfügung und haben dieses Projekt durch ihre Ratschläge nicht unwesentlich gefördert. Namentlich möchte ich mich auch bei *Rudi Lang* für sein stets offenes Ohr bedanken.

Abschließend möchte ich mich besonders bei meinen Eltern, *Ulrike Brockfeld* und *Dr. Eckart Brockfeld* bedanken, die mich während meines Studiums und des Promotionsvorhabens in jeder Hinsicht unterstützt haben. Ihnen widme ich die Arbeit in voller Dankbarkeit.

Bayreuth und Düsseldorf, im März 2022

Marius Brockfeld

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	17
1. Teil: Einleitung	21
A. Einführung in die Problematik	21
B. Gang der Untersuchung	23
2. Teil: Umwandlungsrechtliche Gesamtrechtsnachfolge	25
A. Prinzip der rechtsgeschäftlichen Vertragsübernahme	26
B. Prinzip der umwandlungsrechtlichen Sukzessionsfreiheit	49
C. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	81
3. Teil: Spaltungen außerhalb des Anwendungsbereichs von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	83
A. Anwendungsfälle	85
B. Obligatorisches Zustimmungserfordernis	104
C. Rechtsfolgen der partiellen Gesamtrechtsnachfolge	128
D. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	137
4. Teil: Zuordnung im Interessenausgleich nach § 323 Abs. 2 UmwG	139
A. Rechtliche Wirkungsweise des Interessenausgleichs	139
B. Zuordnungsmöglichkeiten und -grenzen	144
C. Gerichtliche Überprüfung der Zuordnung auf grobe Fehlerhaftigkeit	150
D. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	153
5. Teil: Fortgeltung von Kollektivverträgen nach der Spaltung	155
A. Verhältnis zwischen § 131 Abs. 1 Nr. 1 UmwG und § 613a Abs. 1 S. 2 bis 4 BGB	156
B. Schicksal von Tarifverträgen außerhalb von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	165

Inhaltsübersicht

C. Schicksal von Betriebsvereinbarungen außerhalb von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	192
D. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	204
6. Teil: Thesenartige Gesamtzusammenfassung der Kernaussagen	206
Literaturverzeichnis	211
Verzeichnis der Kommissionsdokumente	239

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
1. Teil: Einleitung	21
A. Einführung in die Problematik	21
B. Gang der Untersuchung	23
2. Teil: Umwandlungsrechtliche Gesamtrechtsnachfolge	25
A. Prinzip der rechtsgeschäftlichen Vertragsübernahme	26
I. Grundsatz der Sukzessionsfreiheit	27
1. Sukzessionsfreiheit als Ausprägung der Privatautonomie	27
2. Verfassungsrechtlicher Schutz	31
3. Unionsrechtlicher Schutz	35
4. Rechtsökonomische Analyse	37
II. Sukzessionsfreiheit und Sukzessionsschutz	41
1. Prinzip der Kontrahentenwahlfreiheit	41
2. Schutz der Kontrahentenwahlfreiheit im Recht der Vertragsübernahme	43
a) Identität und Kontinuität des Vertragsverhältnisses	43
b) Zustimmung der anderen Vertragspartei	44
c) Unübertragbarkeit höchstpersönlicher Vertragsverhältnisse	47
B. Prinzip der umwandlungsrechtlichen Sukzessionsfreiheit	49
I. Übertragungsmodus der totalen Gesamtrechtsnachfolge	50
1. Vorgaben des europäischen Rechts	51
2. Einheitlicher Übertragungsakt nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 UmwG	53
3. Universalsukzession kraft Rechtsgeschäfts	56
4. Dispensierung vom gläubigerseitigen Zustimmungserfordernis	59
II. Übertragungsmodus der partiellen Gesamtrechtsnachfolge	62
1. Praktisches Bedürfnis für eine gesetzliche Regelung	63
2. Vorgaben des europäischen Rechts	65
3. Grundsatz der Spaltungsfreiheit	69

Inhaltsverzeichnis

III. § 613a BGB als Grenze der Spaltungsfreiheit	70
1. Anwendbarkeit des § 613a Abs. 1 S. 1 BGB in Spaltungsfällen	71
2. Zeitpunkt des Übergangs	72
3. Vorgaben des europäischen Rechts	74
a) Gleichlauf von Arbeitsplatz und Arbeitsverhältnis	75
b) Zwingender Charakter des Art. 3 Abs. 1 BÜ-RL	77
4. Umsetzung der Betriebsübergangsrichtlinie in § 613a BGB	78
C. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	81
3. Teil: Spaltungen außerhalb des Anwendungsbereichs von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	83
A. Anwendungsfälle	85
I. Übertragung von Arbeitsverhältnissen außerhalb von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	85
II. Übertragung nicht zuzuordnender Arbeitsverhältnisse	87
1. Vorgaben des europäischen Rechts	88
a) Begründungsansätze des EuGH	89
b) Aufspaltung des Arbeitsverhältnisses in mehrere Teilzeitarbeitsverhältnisse	93
2. Folgerungen für das deutsche Recht	95
a) Möglichkeit der Aufspaltung des Arbeitsverhältnisses	96
b) Keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen	99
c) Rechtsfolgen bei Unmöglichkeit der Aufspaltung	101
d) Folgerungen für die umwandlungsrechtliche Übertragung von Arbeitsverhältnissen	102
III. Ergebnis	104
B. Obligatorisches Zustimmungserfordernis	104
I. Mangelnde Aussagekraft des § 613 S. 2 BGB	105
1. Rechtsdogmatische Folgerungen aus der Aufhebung von § 132 UmwG a.F.	106
2. Fortgeltung des § 613 S. 2 BGB bei Abspaltung und Ausgliederung	108
3. Personengebundenheit der Arbeitsleistung	110
4. Trennung vom bisherigen Betrieb	113
II. Zustimmungserfordernis nach Art. 12 Abs. 1 GG	116
1. Schutz des Arbeitsplatzes beim bisherigen Arbeitgeber	117
2. Schutz vor einem aufgedrängten Arbeitgeber	122

III. Kein Wahlrecht des Arbeitnehmers im Falle der Aufspaltung	124
IV. Ergebnis	127
C. Rechtsfolgen der partiellen Gesamtrechtsnachfolge	128
I. Außerordentliches Kündigungsrecht nach § 626 BGB	128
II. Spaltungshaftung nach § 133 Abs. 1 S. 1 UmwG	130
1. Spaltungshaftung als akzessorische Mithaftung des übertragenden Rechtsträgers	133
2. Spaltungshaftung als Instrument zur Verhinderung missbräuchlicher Spaltungen	137
D. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	137
4. Teil: Zuordnung im Interessenausgleich nach § 323 Abs. 2 UmwG	139
A. Rechtliche Wirkungsweise des Interessenausgleichs	139
I. Zuordnung durch rechtsträgerinterne Weisung oder Änderungskündigung	141
II. Zuordnung im Spaltungs- und Übernahmevertrag	143
B. Zuordnungsmöglichkeiten und -grenzen	144
I. Zuordnungskompetenz bei Zweifelsfällen	145
II. Anwendbarkeit des § 323 Abs. 2 UmwG außerhalb von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	147
C. Gerichtliche Überprüfung der Zuordnung auf grobe Fehlerhaftigkeit	150
I. § 1 Abs. 3 KSchG als Maßstab für die „einfache“ Fehlerhaftigkeit	151
II. Maßstab der groben Fehlerhaftigkeit	153
D. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	153
5. Teil: Fortgeltung von Kollektivverträgen nach der Spaltung	155
A. Verhältnis zwischen § 131 Abs. 1 Nr. 1 UmwG und § 613a Abs. 1 S. 2 bis 4 BGB	156
I. Rechtscharakter des § 613a Abs. 1 S. 2 BGB	156
1. Vorgaben des europäischen Rechts	156
2. Vorgaben des nationalen Rechts	158
II. These vom „bloßen Auffangtatbestand“	160
III. Ergebnis	163

Inhaltsverzeichnis

B. Schicksal von Tarifverträgen außerhalb von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	165
I. Schicksal von arbeitsvertraglichen Bezugnahme Klauseln	166
1. Innerhalb des Anwendungsbereichs von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	167
2. Folgerungen für die umwandlungsrechtliche Übertragung von Arbeitsverhältnissen	169
II. Schicksal von Verbandstarifverträgen	169
1. Keine kollektivrechtliche Fortgeltung nach § 3 Abs. 3 TVG analog	170
2. Kollektivrechtliche Fortgeltung nach §§ 3 Abs. 1, 4 Abs. 1 TVG bzw. § 5 TVG	172
3. Stellungnahme	173
4. Alternative Lösungsvorschläge	174
a) Keine analoge Anwendung von § 613a Abs. 1 S. 2 bis 4 BGB	175
b) Analoge Anwendung von § 4 Abs. 5 TVG bei Tarifverträgen	178
aa) Wertungsmäßiger Vergleich zu § 613a Abs. 1 S. 2 bis 4 BGB	180
bb) Ergebnis	183
III. Schicksal von Firmentarifverträgen	184
1. Übertragbarkeit von Firmentarifverträgen durch Spaltung	184
2. Kollektivrechtliche Fortgeltung nach § 131 Abs. 1 Nr. 1 UmwG i.V.m. §§ 3 Abs. 1, 4 Abs. 1 TVG	186
a) Verlust der Tarifizständigkeit	188
b) Zuordnung ohne Übertragung von Betrieben oder Betriebsteilen	190
3. Stellungnahme	191
C. Schicksal von Betriebsvereinbarungen außerhalb von § 613a Abs. 1 S. 1 BGB	192
I. Schicksal von Betriebsvereinbarungen	193
1. Kollektivrechtliche Fortgeltung nach betriebsverfassungsrechtlichen Grundsätzen	193
a) Erhalt der betriebsverfassungsrechtlichen Identität	194
b) Stellungnahme	197
2. Fortgeltung von Betriebsvereinbarungen nach § 77 Abs. 6 BetrVG analog	198
3. Ergebnis	201

II. Schicksal von Gesamt- und Konzernbetriebsvereinbarungen	201
1. Kollektivrechtliche Fortgeltung nach betriebsverfassungsrechtlichen Grundsätzen	201
2. Stellungnahme	203
D. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	204
6. Teil: Thesenartige Gesamtzusammenfassung der Kernaussagen	206
Literaturverzeichnis	211
Verzeichnis der Kommissionsdokumente	239

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
ArbRB	Arbeitsrechts-Berater (Zeitschrift)
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Sammlung der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BeckRS	Beck`sche Rechtsprechungssammlung
BegrRegE	Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
Beil.	Beilage
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache

Abkürzungsverzeichnis

BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BÜ-RL	Betriebsübergangsrichtlinie
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe/n
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
ECLI	European Case Law Identifier
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ERCL	European Review of Contract Law
et al.	et alii (und andere)
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende/r (Paragraph, Seite, Randnummer)
ff.	folgende (Paragraphen, Seiten, Randnummern)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FusRL	Fusionsrichtlinie
GesRRL	Gesellschaftsrechtsrichtlinie
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union

GS	Gedächtnisschrift
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.S.d.	im Sinne der/des
i.V.m.	in Verbindung mit
IndLawJ	Industrial Law Journal
InsO	Insolvenzordnung
J. Legal Stud.	The Journal of Legal Studies
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KapErhG	Kapitalerhöhungsgesetz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtsprechung (Zeitschrift)
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
lit.	litera (Buchstabe)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MünchHdB-ArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
MünchHdB GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NK	Nommos Kommentar
No.	Number
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und inländisches Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RGZ	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RL	Richtlinie

Abkürzungsverzeichnis

Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Satz (eines Paragraphen)/Seite
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SGB III	Drittes Buch des Sozialgesetzbuches
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Gerichts Erster Instanz
sog.	sogenannte/n/r/s
Sonderbeil.	Sonderbeilage
SpRL	Spaltungsrichtlinie
SpTrUG	Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen
TVG	Tarifvertragsgesetz
TzBfG	Teilzeitbefristungsgesetz
u.a.	unter anderem
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
Urt.	Urteil
Var.	Variante
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
Vgl.	Vergleiche
Vol.	Volume
WM	Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZESAR	Zeitschrift für Europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess